

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

ETWAS GEOSTRATEGIE

Ein kleiner Abriss der Großmächtepolitik vom Ende des WW II bis heute. Ferienlektüre.

[Matthias Müller]

Von der Energiepolitik über den Welthandel, von Russlands Agieren bis zur Frontstellung zwischen den USA und China ist vieles verständlicher, wenn man mit grundlegenden Strategien der Geopolitik vertraut ist. Wir wollen hier den Versuch wagen, mit einem kurzen Streifzug durch die Geopolitik nach 1945 und dem Kalten Krieg des US-Imperiums das grundlegende Verständnis für das aktuelle Weltgeschehen ein klein wenig zu erhellen.

Beginnen wir mit den Plänen der US-Geopolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Der spätere US-Präsident Harry Truman hatte 1941 unmittelbar nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion ganz offen gesagt:

„Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn wir sehen, dass Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, und auf diesem Wege lassen wir sie so viele wie möglich töten.“

Senator Truman war 1941 Vorsitzender des US-Ausschusses zur Überwachung der Kriegsproduktion und damit damals schon ein sehr wichtiger Mann. Seine Aussage war prophetisch, denn genau so war es dann auch.

Obwohl die Sowjetunion ab Juli 1942 ein schnelles westliches Eingreifen forderte, wurde die Invasion seitens der USA bis Juni 1944 absichtlich verzögert. Bis 1944 banden die Westalliierten maximal 6 Prozent der Wehrmacht, während sich die Sowjets mit bis zu 70 Prozent herumschlagen mussten. Die

USA hatten gerade einmal 418.000 Tote zu beklagen, Großbritannien 450.000, jeweils fast ausschließlich Soldaten. Das sind im Vergleich zur Sowjetunion mit 27 Millionen, aber auch zu Deutschland mit rund 7 Millionen Toten vergleichsweise geringe Zahlen.

In der Sowjetunion waren 25 Prozent der Wirtschaft zerstört, in Deutschland 13 Prozent, in Großbritannien 3 Prozent, in den USA gab es keinerlei ökonomischen Zerstörungen, sondern eine boomende Kriegswirtschaft. Dementsprechend war die militärtechnische Überlegenheit der USA immer mehr angewachsen. Der Russlandhasser Hitler hatte Deutschland erneut in einen Zweifrontenkrieg geführt. Seine Hoffnungen auf einen Ausgleich mit den „germanischen“ Briten erwiesen sich als Illusion. Die Seemächte profitierten von der totalen Niederlage Deutschlands und Japans. Beide Staaten wurden besetzt und waren von nun an zu keiner eigenständigen Großmachtspolitik mehr in der Lage, sondern wurden Objekte der Geopolitik der USA. Aber auch Großbritannien und Frankreich stiegen durch den Krieg zu zweitrangigen Mächten ab, die noch während des Krieges in Süd-asien, im Nahen Osten und in Afrika um US-Unterstützung ansuchen und damit den USA Einfluss überlassen mussten.

Zum neuen großen Feind war seitens der US-Strategen nur die Sowjetunion auserkoren, die zwar wirtschaftlich und numerische sehr geschwächt war, die aber mit ihren Truppen in der östlichen Hälfte

Europas stand, deren Parteigänger in China um die Macht kämpften und die politisch weltweit an Einfluss gewonnen hatte. Eine erste Maßnahme der USA zur Einschüchterung der Sowjetunion waren die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945, drei Monate nach dem Kriegsende in Europa. Diese militärische Demonstration mit 230.000 Toten sollte die Sowjetunion weltweit in die Schranken weisen. US-Außenminister James Byrnes sagte bereits im Juni 1945: „Die Bombe wird Russland in Europa nachgiebiger machen“.

Das sollte auch zutreffen. Josef Stalin lieferte die griechische Partisanenbewegung, die bis Dezember 1944 das Land im Alleingang von den faschistischen Besatzern befreit hatte, den britischen Interventionstruppen aus, die sich mit NS-Kollaborateuren zusammaten, was zu einem blutigen Massaker an der griechischen Arbeiterbewegung führte. Die starken kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich wurden 1945 von Moskau zur Zurückhaltung und politischen Unterordnung unter die Ziele der „demokratischen Bourgeoisien“ gedrängt.

Dass es der US-Führung bitterernst war, zeigen auch Planungen vom November 1945, die einen „präventiven begrenzten Atomschlag“ gegen 20 sowjetische Städte, darunter Moskau und Leningrad, mit Uran- und Plutoniumbomben vorsahen. Die Grundlage für die US-Geopolitik nach 1945 lieferte bereits 1942 Nicholas Spykman mit

seinem Hauptwerk „America's Strategy in World Politics“. Spykman, der großen Einfluss auf den US-Generalstab und US-Politiker hatte, griff Mackinders Heartland-Konzept auf und modifizierte es.

Die Situation hatte sich ja auch etwas geändert. Deutschland war aus dem Rennen, andererseits kontrollierte die Sowjetunion das Herzland, also neben dem europäischen Russland auch die Region Ukraine-Weißrussland-Baltikum-Polen. Ausgehend von Spykmans Überlegungen ging es für die USA und ihre Vasallen nun darum, die „Rimlands“, was man als Peripherie oder Randgebiete übersetzen kann, zu beherrschen. Konkret geht es um die Gebiete, die das russische Kernland umschließen – von Ostasien über Zentralasien, den Iran, den Nahen Osten, den Balkan und Mittel- und Osteuropa. Spykman gilt in der Folge als geistiger Vater von Trumans Containment-Politik.

Deren Ausarbeitung fand zu guten Teilen in „Foreign Affairs“ statt, der Zeitschrift des mächtigsten Thinktanks der USA, nämlich dem Council on Foreign Relations, an dem die größten US-Kapitalgruppen mitwirken, etwa JP Morgan, Bank of America, Goldman Sachs, McKinsey, Exxon oder Chevron. Der zentrale Autor der Texte, die die „Strategie der Eindämmung“ begründeten, war ein anonymes Mr. X, der sich später als George Kennan entpuppte, der US-Botschafter in Moskau.

Das Containment, also die Eindämmung des sowjetischen Einflusses, sowie die Einkreisung der Sowjet-

union klappt unterschiedlich gut. Japan war besetzt und bis heute sind dort 54.000 US-Soldaten stationiert, ein riesiger Flugzeugträger vor den Küsten Russlands und Chinas. Das chinesische Festland aber ging 1949, nach einem jahrelangen Bürgerkrieg, an die Kommunisten verloren; lediglich Taiwan konnte unter US-Einfluss gehalten werden. Indien, Pakistan und Afghanistan waren immer wieder umstritten, den Iran hatte man lange unter Kontrolle, lediglich 1953 mussten britische und US-Geheimdienste Mohammed Mossadegh wegschicken, nachdem dieser gewagt hatte, westliche Ölfirmen zu verstaatlichen.

Die Türkei hatte man verlässlich unter US-Einfluss, in Griechenland 1949 den Bürgerkrieg endgültig gewonnen und Jugoslawien wurde zwar kommunistisch, konnte aber von der Sowjetunion getrennt werden. In der Ukraine versorgte die CIA nach 1945 noch jahrelang die NS-Kollaborateure von Stepan Bandera mit Geld, Waffen und Sprengstoff, von denen dort in den Nachkriegsjahren etwa 35.000 sowjetische Polizisten, Beamte und Gewerkschafter ermordet wurden. Und auch in den westlichen Besatzungszonen setzte man auf zahlreiche ehemalige Nazi-Funktionäre im Staatsapparat und in der Regierung von Konrad Adenauer, richtete die Politik straff antikommunistisch und proamerikanisch aus. Mit dem Marshallplan, der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, sowie der NATO wurden diese Strukturen einbetoniert.

Der „Kalte Krieg“

US-Außenminister George Marshall war ein begeisterter Fan von Spykman's geopolitischen Konzepten. Sein Marshallplan zum ökonomischen Wiederaufbau Westeuropas, der im April 1948 in Kraft trat, war eine gigantische Exportförderung für US-Firmen, die sich so in Europa festsetzen konnten. Um die völlige

politische Kontrolle zu haben, saßen US-Beamte in den Wirtschaftsministerien sämtlicher Teilnehmerstaaten, die jede einzelne Investition beaufsichtigten.

Teilnehmen konnte nur die Länder, die sich ökonomisch und politisch dem US-Einfluss öffneten. Damit waren die unter sowjetischem Einfluss stehenden Länder Ostmitteleuropas ausgeschlossen. Gegen sie wurde vielmehr ein umfangreiches Embargoregime, das COCOM, errichtet, das zehntausende technologisch hochwertige Produkte beinhaltete. Jedes Empfängerland der Marshallplan-Hilfen musste sich an dieses Regime halten.

Für die Festigung der US-Kontrolle über Westeuropa waren zwei weitere Schritte wesentlich. Vorbereitet durch Verhandlungen seit Juli 1948 wurde im April 1949 die NATO gegründet. Gründungsmitglieder waren die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien sowie sieben kleinere Staaten, darunter das von einer Militärdiktatur regierte Portugal. Dominiert war der Nordatlantikpakt von Anfang an von den USA. Dass es sich — entgegen der Selbstdarstellung — nie um ein Verteidigungsbündnis gehandelt hat, zeigt schon die Tatsache, dass der Antrag der Sowjetunion auf Mitgliedschaft in der NATO ohne ernsthafte Debatte abgeschmettert wurde. Die NATO war von Beginn an ein geopolitisches militärisches Instrument der USA im Rahmen ihrer Containment-Politik. Dazu gehörte auch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Bereits 1947 hatten die USA und Großbritannien ihre Besatzungszonen vereinigt, 1948 wurde die D-Mark eingeführt und im Mai 1949 trat das Grundgesetz in Kraft. Auf die Gründung der Bundesrepublik Deutschland reagierte die Sowjetunion im Oktober 1949 mit der DDR.

1952 machte die sowjetische Führung noch mal den Vorschlag,

Deutschland als neutralen Staat wiederzuevereinigen. Man war bereit, die Kontrolle über die DDR-Gebiete aufzugeben, um in Mitteleuropa einen großen Pufferstaat zur NATO zu haben. Das kostete die US-Regierung wohl nicht mal ein müdes Lächeln. Man beherrschte den deutlich größeren Teil Deutschlands und das sollte so bleiben. 1955 wurde Deutschland in die NATO aufgenommen und US-Soldaten blieben in Westdeutschland stationiert; bis heute sind es 35.000.

Als Antwort auf die Bedrohung durch die NATO gründete die Sowjetunion mit ihren Verbündeten 1955 den Warschauer Pakt. Noch wichtiger für die geopolitische Lage aber war die Entwicklung der sowjetischen Atombombe, mit der man noch 1946 begonnen hatte. Bereits 1949 wurde die erste erfolgreich gezündet. Damit konnten die USA ihren weltpolitischen Hauptkonkurrenten nicht mehr nach Belieben bedrohen und einschüchtern. Von nun an mussten die USA nach einem atomaren Erstschlag mit einem Gegenschlag rechnen. Das Gleichgewicht des Schreckens war geboren.

Auf dieser Grundlage konnte die Sowjetunion nun geopolitisch offensiver agieren und ähnlich wie die USA versuchen, Länder in verschiedenen Teil der Welt unter ihren Einfluss zu bringen. Auf den kommunistischen militärischen Sieg in China 1949 folgte der Koreakrieg von 1950 bis 1953, in dem Nordkorea und die Volksrepublik China gegen Südkorea, die USA und weitere westliche Länder antraten, in dem die USA in großen Stil Napalm einsetzten und in dem etwa vier Millionen Menschen ums Leben kamen. Das Ergebnis war die Teilung der koreanischen Halbinsel zwischen den Machtblöcken.

Mit der kubanischen Revolution 1959 rückte der sowjetische Einfluss erstmals nahe an die USA heran und die US-Geheimdienste

unterstützten zahlreiche Mordanschläge auf Fidel Castro sowie eine konterrevolutionäre Militärintervention, die im Keim erstickt wurde. Als die USA in der Türkei auf die Sowjetunion gerichtete Atomraketen stationierten, antwortete die sowjetische Führung mit Atomraketen auf Kuba, was 1962 zur berühmten Kubakrise führte, die die Welt an den Rand eines Atomkrieges brachte.

Insgesamt waren die 1960er- und 1970er-Jahre die Jahrzehnte, in denen die globale Supermacht USA in die Defensive geriet. In Folge der Entkolonialisierung setzten sich in zahlreichen Ländern Regime durch, die eine Mischung aus Anti-imperialismus, Nationalismus und Sozialismus propagierten und sich dem US-Einfluss partiell entzogen. Washington unterstützte daraufhin zahlreiche Diktaturen und Militärputsche in Lateinamerika, Afrika und Asien. In Indonesien wurden 1965 bis 1966 etwa eine Million Kommunisten sowie chinesischstämmige Bürger von einer Koalition aus CIA und Islamisten wortwörtlich massakriert um einer Machtergreifung vorzubeugen, in Chile 1973 die gewählte sozialistische Regierung von Salvador Allende weggeputscht.

In zahlreichen anderen Ländern konnten sich aber — oft auch autoritäre — Regime etablieren, die die USA nicht unter Kontrolle hatten, neben Kuba auch in Angola, Mozambique, Tansania, in Ägypten, Algerien und Libyen, in Syrien, dem Irak und im Jemen. Sie alle konnten davon profitieren, dass die Existenz der Sowjetunion, die in diesen Jahrzehnte auch ökonomisch aufgeholt hatte, einen gewissen Spielraum zum Lavieren bot.

Am spektakulärsten war die US-Niederlage aber in Vietnam, wo die westliche Führungsmacht von 1964 bis 1975 nach dem gefakten Zwischenfall im Golf von Tonkin massiv militärisch intervenierte, gi-

gantische Flächenbombardements durchführte und wo vier Millionen vietnamesischen Zivilisten, 1,3 Millionen vietnamesische Soldaten und 58.000 US-Soldaten ums Leben kamen. Der schmachvolle Rückzug war ein Trauma für den siegesgewohnten US-Imperialismus. In der Folge begannen die führenden Zirkel in den USA, sich neue Konzepte zu überlegen.

Schließlich ging man auf verschiedenen Ebenen in die Offensive. Bereits 1972 fand der legendäre Besuch von US-Präsident Richard Nixon in China statt, bei dem die USA versuchten, Rivalitäten innerhalb des „kommunistischen Lagers“ auszunutzen und China gegen die Sowjetunion auszuspielen. Vor allem aber waren es zwei andere Faktoren, mit denen das US-Imperium „die Russen“ erfolgreich in die Knie zwangen: der Aufbau islamistischer Strömungen einerseits und eine gigantische Aufrüstungspolitik andererseits.

In Afghanistan war 1973 der König gestürzt worden. Das Nachfolgeregime wurde 1978 durch die Saurrevolution beseitigt, die ein säkulares, prosowjetisches Regime hervorbrachte, zu dessen Unterstützung die Sowjetunion schließlich 1979 Truppen ins Land schickten. Sie war damit in die Falle der USA gegangen, die bereits seit 1973, in Zusammenarbeit mit Pakistan und Saudi-Arabien, immer systematischer islamisch-reaktionäre Kräfte unterstützt hatten, um der Sowjetunion „ein Vietnam zu bereiten“. In Pakistan wurden 85 Trainingslager für afghanische Islamisten errichtet. Bezahlt wurden ihre Waffen von Saudi-Arabien und den USA, die sich ihre Intervention jährlich 470 Millionen US-Dollar kosten ließen.

Wesentlich war dabei die tragbare US-Boden-Luft-Rakete Stinger, mit der die sowjetische Lufthoheit über Afghanistan gebrochen wurde. Bis 1989 verloren mehr als 15.000 sowjetische Soldaten am Hindukusch

ihr Leben. Diese Niederlage war schließlich ein wichtiger Bestandteil für den Zusammenbruch der Sowjetunion.

Wie für die US-Politik in Afghanistan spielte auch für die Aufrüstungsstrategie der USA der aus polnischem Adel stammende und dem Thinktank „Trilaterale Kommission“ vorstehende Zbigniew Brzezinski eine entscheidende Rolle. Bereits 1979 hatte der US-Senat den SALT-II-Vertrag zur Rüstungsbegrenzung nicht ratifiziert. 1980 bekundete Präsident Jimmy Carter auf Betreiben von Brzezinski die Bereitschaft, einen begrenzten Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen. Nun war von einem „Enthauptungsschlag“ gegen Moskau die Rede.

Mit Präsident Ronald Reagan wurde dann – unter Anleitung des Strategen Henry Kissinger – ab 1981 explizit auf eine Politik des „Totrüstens“ gesetzt: Immer mehr US-Flugzeugträger, atomare US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und Italien sowie schließlich das „Krieg der Sterne“-SDI-Programm sorgten dafür, dass die Rüstungsbudgets auf fast das Dreifache explodierten. Die USA konnten sich dieses Wettrüsten leisten, weil sie es geschafft hatten, in der Konferenz von Bretton Woods von 1944 den US-Dollar zur Welt-Leitwährung zu installieren, worauf der US-Dollar zum wichtigsten US-Exportartikel wurde. Der Versuch der UdSSR einigermmaßen mitzuhalten führte die sowjetische Wirtschaft in den Kollaps.

Gleichzeitig hatte Moskau den Konsumsektor vernachlässigt, was zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung führte. Verschärft wurde das durch die Saudis, die auf US-Drängen den Ölmarkt fluteten, was die Ölpreise zum Nachteil Moskaus senkte. Am Ende standen die Kapitulation von Michael Gorbatschow vor der militärisch-ökonomischen Offensive der USA sowie die Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjet-

union.

Full Spectrum Dominance

Nach 45 Jahren Konfrontation hatte das US-Imperium die verhasste Sowjetunion besiegt. 1992 postulierte der einflussreiche US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama den endgültigen Sieg von Kapitalismus und liberaler Demokratie und damit das „Ende der Geschichte“.

Russland hatte den Einfluss auf die verschiedenen ehemaligen Sowjetrepubliken in unterschiedlichem Ausmaß verloren. In Tschetschenien kämpften islamistischen Gruppen, mit Rückendeckung der Türkei, von Saudi-Arabien und den USA, gegen die russische Zentralmacht. Die russische Führung unter dem alkoholkranken Boris Jelzin (1991 bis 1999) kapitulierte nicht nur vor der NATO, sondern lieferte die russische Wirtschaft dem Zugriff der westlichen Banken und Konzerne bereitwillig aus. Die neoliberale „Schocktherapie“ wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und Beamten des US-Finanzministeriums angeleitet und von Jelzins Minister Jegor Gaidar exekutiert. In der Folge kam es zu einem Kollaps der russischen Wirtschaft, zu einer rasanten korrupt-kriminellen Privatisierung der Wirtschaft, von der internationale Bankster profitierten und mit der einige superreiche russische Milliardäre entstanden.

Es kam zu Massenentlassungen, einen Kaufkraftverlust von mehr als 85 Prozent, einer Enteignung der Ersparnisse und einer dramatischen Verarmung der russischen Bevölkerung. Die Lebenserwartung ging deutlich zurück, die Zahl der Selbstmorde explodierte. Und schließlich erfasste die sogenannte Asienkrise ab 1997 auch Russland, nachdem US-Großspekulant George Soros mit einer Empfehlung zur Rubelabwertung und mit Spekulationen gegen die russische Währung einen Absturz des Rubels ausgelöst hatte. Diese Phase der

Unterordnung Russlands unter das US-Imperium war die einzige, in der im westlichen Mainstream ein positives Bild Russlands gezeichnet wurde. Merke: Nur ein unterworfenen Russland ist ein gutes Russland.

Von den Führern des US-Imperiums wurde nun eine „Neue Weltordnung“ proklamiert. US-Präsident George Bush Senior sagte 1991 während des Krieges gegen den Irak vor beiden Häusern des Kongresses:

„Es geht um mehr als nur um ein kleines Land; es ist eine große Idee: eine neue Weltordnung, wo unterschiedliche Nationen zusammenschließen im gemeinsamen Ziel, die universalen Hoffnungen der Menschheit zu erreichen – Frieden und Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.“

Hinter diesen schönen Phrasen stand und steht der US-Anspruch auf alleinige Weltmacht, das Ziel einer unipolaren Welt, in der von US-Konzernen, der NATO und ihren globalistischen Ideologen letztlich alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden – über die Köpfe der Völker hinweg. Dieser Linie folgten später auch die US-Präsidenten Bill Clinton, George Bush Junior, Barack Obama und schließlich Joe Biden. Weiter theoretisiert wurde diese Linie 1997 vom erwähnten Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“, in dem er seine geostrategische Vision der amerikanischen Vorrangstellung im 21. Jahrhundert präsentiert. Von zentraler Bedeutung ist seiner Meinung nach die Machtausübung auf dem eurasischen Kontinent, Heimat des größten Teils der Weltbevölkerung, der bedeutendsten Bodenschätze und Wirtschaftstätigkeiten. Eurasien sei das „große Schachbrett“, auf dem die amerikanische Vorherrschaft in den kommenden Jahren bestätigt und herausgefordert werden wird.

Laut Brzezinski standen und stehen

die USA vor der Aufgabe, die Konflikte und Beziehungen in Europa, Asien und dem Nahen Osten so zu managen, dass keine rivalisierende Supermacht entstehen kann, die die Interessen und die Hegemonie der USA bedrohen. Dieses „Management“ kam auf verschiedene Weise und in verschiedenen Regionen zum Ausdruck. Nebenbei versuchte die USA-Regierung ab 1992, das durch den Zusammenbruch der Sowjetunion nun völlig isolierte Kuba mit einem verschärften Embargo endgültig ökonomisch zu strangulieren. Vor allem aber gingen die USA daran, in den „Rimlands“ die Verhältnisse nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Als erstes Land geriet der Irak ins Visier. Das dortige Baath-Regime unter Saddam Hussein hatten die USA jahrelang gegen den Iran finanziert und aufgerüstet. Es hatte aber auch lange zwischen der Sowjetunion und dem Westen laviert, verfügte über große Ölvorkommen, die ärgerlicherweise in staatlicher Hand waren, und sich eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt. Hussein wurde 1990 von der US-Botschaft signalisiert, dass eine Invasion in Kuwait keine Folgen haben werde. Die irakische Armee marschierte ein — und der Irak wurde 1991 von einer Koalition unter US-Führung und mit Rückendeckung der UNO massiv angegriffen. Verschossen wurden dabei unter anderem 320 Tonnen Geschosse mit abgereichertem Uran, die in der Folge für stark gestiegene Zahlen von missgebildeten Neugeborenen und stark erhöhte Krebsraten verantwortlich waren.

Die auf den Krieg folgenden Sanktionen gegen den Irak kosteten mindestens 1,5 Millionen Irakern das Leben. Als Clintons Außenministerin, die Brzezinski-Schülerin Madeleine Albright, 1996 in einem Fernsehinterview darauf angesprochen wurde, dass darunter eine halbe Million Kinder sei, antwor-

tete diese: „Ich denke, es ist eine schwierige Entscheidung, aber es ist den Preis wert.“ Ohne den Gegenpol der Sowjetunion waren auch zahlreiche andere Länder in den 1990er-Jahren immer mehr dem wirtschaftlichen, militärischen und politischen Druck der USA und ihrer „internationalen Wertegemeinschaft“ ausgeliefert. Das galt für afrikanische Länder wie Angola, Mozambique oder Tansania, die sich zuvor eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt hatten, das galt aber auch für Vietnam, das sich zunehmend dem Weltmarkt öffnen musste.

Der Zerfall des ehemals sozialistischen Jugoslawiens hatte interne ökonomische und politische Ursachen, wurde aber auch von Deutschland, Österreich und den USA betrieben. Diverse Kleinstaaten, die noch dazu Rivalitäten untereinander haben, können leichter unterworfen und gegeneinander ausgespielt werden. Am Ende stand der Kosovokrieg 1999, in dem die USA erneut mit Uran versetzte Munition gegen Serbien einsetzten, in dem Albright wiederholt als Scharfmacherin agierte und in dem erstmals seit 1945 die deutsche Bundeswehr, befeuert vom grünen Außenminister Joschka Fischer, ein anderes Land angriff.

In weiterer Folge wurde der serbische Präsident Slobodan Milošević im Jahr 2000 unter westlicher Beteiligung weggeputscht. Federführend war dabei die „Bewegung“ Otpor, die von den US-Stiftungen National Endowment for Democracy (dahinter steht das US-Außenministerium), Freedom House (CIA), Open Society (George Soros) sowie den Parteistiftungen der Demokraten und Republikanern finanziert und von US-Geheimdiensten angeleitet wurde.

Nachdem sich dieses Modell so gut bewährt hatte, setzten es die US-Stellen sowie der rabiat anti-kommunistische und antirussische

Oligarch Soros auch in anderen Ländern um — in den sogenannten Farbrevolutionen, nämlich der „Rosenrevolution“ 2003 in Georgien, der „Orangen Revolution“ 2004 in der Ukraine und der „Tulpenrevolution“ 2005 in Kirgistan. Insbesondere in der Ukraine intensivierten die USA und Polen dann auch die Unterstützung und militärische Ausbildung von ultranationalistischen, russlandfeindlichen Strömungen aus der Tradition der NS-Kollaboration.

Entscheidend für die Einkreisung Russlands und seine weitere Schwäche war freilich die NATO-Osterweiterung. Obwohl die USA durch ihren Außenminister James Baker 1990 bei den Zweiplus-vier-Gesprächen Gorbatschow ausdrücklich zugesagt hatte, dass das westliche Militärbündnis nicht über Deutschland hinaus vorrücken würde, hielt man sich nicht daran. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid 1997 wurden Polen, Tschechien und Ungarn Beitrittsverhandlungen angeboten. 1999 wurden diese drei Länder in die NATO aufgenommen, 2004 folgten Slowenien, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei sowie die drei baltischen Länder. Mit Litauen, Lettland und Estland stand die NATO nun direkt an der russischen Grenze und unmittelbar vor St. Petersburg.

Russisches Comeback

Im Jahr 1999 waren die russischen Staatskassen leer, die Auslandsschulden dramatisch, die Armut bedrückend, der Staat am Kollabieren und die Kriminalität beängstigend. Der Unmut über die Folgen der von USA und Internationalen Währungsfonds (IWF) gebrachten „Freiheit und Demokratie“ stieg. Ein erstes Anzeichen dafür war, dass die russische Duma 1998 Jewgeni Primakow gegen die herrschende Pro-IWF-Clique um Boris Jelzin und den Milliardär Boris Beresowski als Ministerpräsident durchsetzte. Primakow stand der NATO-Ost-

erweiterung ablehnend gegenüber und versuchte, die Beziehungen mit China zu stärken.

Jelzin und Beresowski schoben schließlich Wladimir Putin ins Präsidentenamt, den sie als pflegeleicht einschätzten. Sie sollten sie getäuscht haben. Der Jurist, Sportler und Geheimdienstler Putin leitete eine grundlegende Wende in der russischen Politik ein. Beresowski flüchtete vor Strafverfahren wegen Korruption und Geldwäsche nach London und Putin setzte schrittweise dem anarchischen Plünderungskapitalismus, der das Land zu seiner Beute gemacht hatte, ein Ende. Mit einer Föderalreform machte er die Russische Föderation wieder zu einem einheitlichen Rechtsraum. Er senkte zwar die Steuern auch für Reiche, sorgte aber mit staatlichem Nachdruck dafür, dass sie — anders als unter Jelzin — auch tatsächlich bezahlt wurden.

Dieses zusätzliche Steueraufkommen und die durch die erhöhten Weltmarktpreise steigenden Erdöleinkommen verliehen Putin und seiner Regierung einige Möglichkeiten. 2006 war Russland die Schulden beim IWF los und legte immer größere Gold- und Devisenreserven an. Die russische Wirtschaft wuchs jährlich um 5 bis 9 Prozent, die Reallöhne stiegen jährlich um etwa 15 Prozent. Staatsgeld floss in das Gesundheitswesen, in Schulen und den Wohnbau. Die drückende Armut der Jelzin-IWF-Jahre verschwand. Selbst die Weltbank musste zugeben, dass Russland unter Putin „eine beispiellose Reduktion der Armut gesehen“ habe. Diese Entwicklung war die Grundlage für die Popularität Putins in der Bevölkerung.

Putins Mittel waren teilweise brachial. Das Parlament wurde entmündigt, die russische Mafia wohl mit Geheimdienstmethoden und teilweise mit Legalisierungen unter Kontrolle gestellt, ein Minimum an Recht und Ordnung

wiederhergestellt, die Oligarchen zur Råson gebracht, die Schlüsselindustrien wieder in Staatseigentum überführt. Beispielhaft war die Verhaftung des Erdöl-Oligarchen Michail Chodorkowski, der seinen Konzern Yukos an den US-Konzern Exxon-Mobil verkaufen wollte. Die Botschaft an sämtliche Oligarchen war klar: „Ihr habt alle Steuern hinterzogen, wir können jeden belangen. Wer nicht pariert, landet im Gefängnis und sein Konzern wird zerschlagen.“ Die Botschaft kam an und brachte die anderen Milliardäre zur Kooperation mit dem Staat und einer zunehmend eigenständigen russischen Politik.

Das Exempel Chodorkowski alarmierte aber auch Strategen, Politiker und Kommentatoren im Westen. Der berühmte Zbigniew Brzezinski reagierte damit, dass er Putin mit Benito Mussolini verglich und damit den künftigen Ton der westlichen Medien vorgab. Der Grund, „warum Putin im Westen zur Unperson wurde“, ist „die Tatsache, dass er den immensen Ressourcenreichtum Russlands der fröhlichen Ausbeutung durch transnationale Konzerne entzogen und unter die Kontrolle des Staats gebracht hat“. Dazu kam, dass Putin auf der Basis der ökonomischen und politischen Stabilisierung des Landes auch eine selbstbewusstere Außen- und Geopolitik startete.

Bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt im Januar 2000 veröffentlichte Putin ein Strategiepapier, in dem die unipolare Weltordnung des US-Universalismus als globale Gefahr und Bedrohung für Russland angesehen wird, genannt wird dabei unter anderem die NATO-Osterweiterung.

Eine erste zaghafte Gegenmaßnahme war noch im selben Jahr die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft aus Russland, Weißrussland, Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan, der später Armenien, Moldawien

und die Ukraine als Beobachter beitraten. Dennoch war Russland in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends weiter in der Defensive: Die 2003 von CIA und George Soros inszenierte „Rosenrevolution“ in Georgien wurde vom Kreml ebenso hingenommen der „orange“ US-Umsturz in der Ukraine 2004.

Putin betrachtete in diesen Jahren die EU als möglichen strategischen Partner, um die von den USA immer offensiver betriebene Einkreisung Russlands abzuschwächen. Er setzte dabei auf Frankreich und insbesondere auf Deutschland, dem er eine ökonomische Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen schmackhaft zu machen versuchte. Teilweise in deutscher Sprache sandte er etliche Signale in diese Richtung — insbesondere die legendäre und lesenswerte Rede im Deutschen Bundestag im Jahr 2001.

In dieser Phase hatte Russland in dieser Richtung auch gewisse Erfolge. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerd Schröder, der gegen die deutsche Arbeiterklasse eine reaktionäre Politik führte, war offen für eine deutsch-russische Kooperation — durchaus in den Fußstapfen von Bismarck und Rathenau. Und gemeinsam mit dem konservativ-gaullistischen französischen Präsidenten Jacques Chirac verweigerte Schröder 2003 die Beteiligung am US-Angriffskrieg auf den Irak — der mit der berühmten (und von den westlichen Qualitätsmedien mit Hingabe verbreitete) Lüge von den angeblichen „Massenvernichtungswaffen“ legitimiert wurde und der zu bis zu 1,1 Millionen toten irakischen Zivilisten führte.

Die deutsche Verweigerung führte zu großer Beunruhigung in den transatlantischen Machtzentren. Sie nutzen alle ihre ökonomischen, politischen und medialen Möglichkeiten, um diese „Fehler“ der europäischen Politik zu korrigieren. In

Deutschland kam 2005 mit Angela Merkel eine stramme Transatlantikerin an die Regierung, in Frankreich 2007 mit Nicolas Sarkozy ein Politiker ins Präsidentenamt, der Frankreich nach 41 Jahren wieder zurück in die Kommandostrukturen der NATO führte.

Putin war in diesen Jahren dennoch bereits gestärkt genug, um keine weiteren Attacken der USA mehr widerstandslos hinzunehmen. In seiner Rede an die Föderalversammlung im April 2005 führte Putin aus, „dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts war. Für die russische Nation stellte sie ein wahrhaftes Drama dar. Dutzende Millionen unserer Bürger fanden sich außerhalb des russländischen Territoriums wieder“.

In Georgien war 2004 Micheil Saakaschwili an die Macht gekommen, ein ehemaliger Stipendiat des US-Außenministeriums. 2008 versuchte er mit einem militärischen Einmarsch, die abtrünnigen Minderheitsgebiete Südossetien und Abchasien unter Kontrolle des georgischen Zentralstaates zu bekommen. Dieser Versuch wurde von russischen Truppen innerhalb von fünf Tagen vereitelt. Damit machte Putin in der Praxis deutlich, dass es für Russland rote Linien gibt. Klar gesagt hatte er das bereits in seiner Rede auf der „Sicherheitskonferenz“ in München im Jahr 2007, in der er die NATO davor gewarnt hatte, noch weiter Richtung Osten zu rücken.

Konfrontation um die Ukraine

Im Blick hatte Putin dabei insbesondere die Ukraine, die er als neutralen Pufferstaat haben wollte, der nicht der NATO angehört. Im Jahr 2010 wurde in der Ukraine dann Viktor Janukowitsch zum neuen Präsidenten gewählt, der das Land als „Brücke zwischen Russland und der EU“ sehen wollte und einen NATO-Beitritt ablehnte. Das

ließ bei der US-Regierung von Barack Obama und der NATO-Führung die Alarmglocken schrillen, hätte das doch die geplante Expansion im Sinne des Rimlands-Konzeptes blockiert. In der Folge haben britische und US-Geheimdienste mit Unterstützung von Polen und Soros-Geldern der Maidan-Putsch von 2014 organisiert und Janukowitsch aus dem Amt gejagt. Dass Janukowitsch mit den unkontrollierten US-Biowaffenprogrammen in der Ukraine Schluss machen wollte, könnte für den damaligen US-Vizepräsidenten Joe Biden und die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland, die für diese Programme zuständig war, ein zusätzliches Motiv für diesen Putsch gewesen sein. Wie wichtig es den USA war, die Ukraine unter ihre Kontrolle zu bekommen, ist aus der Aussage Nulands ersichtlich, die zugab, dass man insgesamt 5 Milliarden US-Dollar in den Regime Change investiert hatte.

Russland reagierte auf den Putsch mit der Rückholung der Krim, deren mehrheitlich russische Bevölkerung diesen Schritt offen unterstützte. Außerdem wurde der Widerstand gegen den Maidan-Putsch partiell unterstützt: Die gewaltsame Eroberung der pro-russischen Städte Odessa, Mariupol und Slawjansk-Kramatorsk durch rechtsextreme ukrainische Verbände wurde hingenommen, den Oblasten Donezk und Lugansk aber so weit durch Waffenlieferungen unter die Arme gegriffen, dass sie nicht fielen.

Das russische Ziel war auch nach 2014 weiterhin der Kompromiss einer neutralen Ukraine ohne NATO. Nachdem die Ukraine die Vereinbarungen von Minsk nicht einmal ansatzweise einhielt, die russlandfreundliche politische Opposition, die in Umfragen zunehmend die Mehrheit hatte, immer brutaler verfolgt und größtenteils verboten wurde, 2017 Russisch als Schul-

sprache weitgehend verboten, ein NATO-Beitritt inklusive NATO-Raketen in der Ukraine für 2023 geplant, im November 2021 die militärische Rückeroberung der Krim von Selenskyj beschlossen und im Januar 2022 immer massivere ukrainische Angriffe auf Lugansk und Donezk gestartet wurden, sah die russische Führung offenbar keinen anderen Weg mehr und ließ im Februar russische Truppen in die Ukraine einmarschieren.

Die aktuellen westlichen Sanktionen gegen Russland sind in Umfang und Intensität beispiellos. Die USA haben die EU weitgehend auf Linie gebracht. Während die USA aufgrund der geringen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland kaum unter den Sanktionen leiden und sogar ihr teures Fracking-Gas anbringen können, muss die Ökonomie der EU-Länder die Hauptlast tragen.

Letztlich ist dies Ausdruck des globalisierten Zustandes der deutschen und europäischen Konzerne. In Deutschland sind 17 der 30 im DAX gelisteten Unternehmen in ihrer Mehrheit in ausländischer Hand. Während es insgesamt immer mehr Verflechtung des internationalen Kapitals gibt, so ist doch eindeutig, dass es — vor allem den USA — gelungen ist, der deutschen Politik und Deutschland als zentrales Land der EU den Einfluss auf die eigene Wirtschaft zu entreißen. Allein die US-Fondsgesellschaft BlackRock hält in Deutschland an den 30 DAX-Konzernen Anteile von etwa 60 Milliarden Euro, so an Bayer, Siemens, SAP, BASF, Daimler, Merck, Allianz, VW, Deutsche Telekom, Deutsche Post, adidas, BMW, Henkel, Continental, Deutsche Bank, E.ON, Infineon, Commerzbank, Lufthansa. Deutschland und die anderen EU-Staaten sind insgesamt kaum zu einer starken eigenständigen Politik in der Lage und vom US-Kapital abhängig.

Dazu kommen diverse transat-

lantische Netzwerke, die direkten Einfluss auf beteiligte europäische Politiker und Mainstreammedien nehmen. Eine wesentliche Figur, die den transatlantischen Netzwerken und den USA verpflichtet ist, ist Ursula von der Leyen, die im Namen der EU-Kommission Politik gegen die europäische Bevölkerung macht. Die Speerspitze für WEF-Agenda, NATO und Kriegsstimung stellen aber mittlerweile die Grünen dar, die sich immer mehr zum zentralen Instrument des globalistischen Großkapitals mausern. Leute wie Annalena Baerbock oder Robert Habeck machen nicht Politik für die eigene Bevölkerung, sondern für globale Oligarchen und die USA. Sie ersetzen russische Energie durch US-Fracking-Gas oder Lieferungen aus arabischen Diktaturen, sie machen dem rechtsextremistisch durchgesetzten Regime in Kiew die Mauer und heizen die NATO-Expansion an.

Die jetzige Eskalation in der Ukraine war sehr schnell ein Erfolg für die US-Führung, denn die deutsche Regierung hat gehorsam Nord Stream 2 eingestellt und die Reihen mit dem aggressiven Kurs Großbritanniens und den USA weitgehend dicht geschlossen.

Eine deutsch-russische Annäherung ist damit in weite Ferne gerückt — zur Freude der geopolitischen Strategen in den USA. Immerhin hatte 2015 George Friedman, der Chef des CIA-nahen Informationsdienstes Stratfor, ganz offen bilanziert: Das Ziel der US-Politik seit 100 Jahren sei Verhinderung eines Bündnisses zwischen Deutschland und Russland, zwischen deutscher Technologie und russischen Ressourcen, weil dies die einzige Gefahr für die US-Vorherrschaft darstelle.

Dennoch übersteht Russland die beispiellosen westlichen Sanktionen bisher sehr gut. Der Rubel hat — entgegen den Wünschen der westlichen Politiker — sogar ein

Rekordhoch erreicht. Die Inflation hat sich nach einem zeitweiligen Anstieg wieder eingebremst und sinkt weiter. Dass Russland die Sanktionen von USA und EU bisher recht gut bewältigt, dürfte an der guten Vorbereitung auf die Situation durch die russische Führung liegen — und an einem sich entwickelnden Bündnis mit einem Industrieland auf der anderen Seite der eurasischen Landmasse. Möglich ist die bisherige russische Stabilität hauptsächlich deshalb, weil China mit seinem großen ökonomischen Potenzial Russland den Rücken deckt.

Der Aufstieg Chinas

Das Bruttoinlandsprodukt Chinas ist von 1.205 Milliarden US-Dollar im Jahr 2000 auf 17.458 Milliarden im Jahr 2021 gestiegen. Noch liegen die USA mit 22.997 Milliarden in Front, das wird sich aber ziemlich bald ändern. Deutlich abgeschlagen liegen Japan mit 4.937 Milliarden, Deutschland mit 4.225 und Großbritannien mit 3.187 sowie Indien mit 3.042 und Russland 1.776. Bei der in gewisser Weise aussagekräftigeren Industrieproduktion lag China bereits 2018 mit 5.532 Milliarden an erster Stelle vor den USA mit 3.547 Milliarden. Den größten Handelsbilanzüberschuss hatten 2021 China mit 676 Milliarden, Deutschland mit 212 und Russland mit 190, das größte Handelsbilanzdefizit die USA mit 1.182 Milliarden, gefolgt von Großbritannien mit 226 und Indien mit 177.

Diese Zahlen drücken den kometenhaften Aufstieg Chinas in der Weltwirtschaft aus. Ökonomisch werden die USA immer weiter hinter China zurückfallen. Sie versuchen, dies auf anderen Ebenen wettzumachen: Das betrifft erstens den politischen Einfluss, den die USA mit ihren jahrzehntelang aufgebauten Strukturen weltweit haben. Zweitens geht es um die Finanzebene, wo die USA bisher den Dollar als Weltreservewährung einsetzten

und stets sicherstellten, dass der Rohölhandel global in Dollar läuft; dass Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi in andere Währungen wechseln wollten, hat sicherlich ihren Abgang beschleunigt.

Und drittens geht es um die militärische Ebene, wo die USA weiterhin massiv überlegen sind. 2021 haben die USA 801 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben, vor China mit 293 Milliarden, Indien mit 76, Großbritannien mit 68, Russland mit 66, Frankreich mit 57, Deutschland und Saudi-Arabien jeweils mit 56.

Die USA haben nach verschiedenen Angaben zwischen 600 und 800 Militärstützpunkte in anderen Ländern, Russland gerade mal 20, überwiegend in Zentralasien und seit einigen Jahren auch in Syrien, wo man den US-Regime-Change-Plänen einen Riegel vorschob. China, das insgesamt den USA auch militärisch näher kommt, verfügt lediglich über eine einzige Militärbasis im Ausland, nämlich in Dschibuti in Ostafrika.

Dennoch ist das gemeinsame Potenzial von China und Russland riesig. Die Verbindung von chinesischer Industrie und russischen Rohstoffen könnte für die „Seemächte“, also aktuell für die Weltherrschaft der USA und ihrer Gehilfen, eine ähnliche Herausforderung sein wie ein deutsch-russisches Bündnis in den vergangenen 100 Jahren. Bereits 2001 wurde die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) gegründet, der China, Russland, Indien, Kasachstan, Kirgistan, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan angehören und die sich mit wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit beschäftigt; Beobachterstatus haben unter anderem der Iran und Weißrussland. Die Eurasische Wirtschaftsunion wiederum ist seit 2015 ein Zusammenschluss von Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan und Kirgisistan zu einem Binnenmarkt mit Zollunion.

Schon seit 2013 treibt China das ehrgeizige Projekt der Neuen Seidenstraße voran, das insbesondere Bahnverbindungen nach Zentralasien, nach Russland und bis nach Ost-, Süd- und Mitteleuropa beinhaltet und damit eine ökonomische und politische Integration der eurasischen Landmasse befördert. Und dazu kommen intensiviertere Land- und Seewege nach Indien und anderen südasiatischen, arabischen und ostafrikanischen Ländern. Mit der Greater Eurasian Partnership haben sich Russland und China 2021 auf eine weitere Intensivierung der Beziehungen mit Zentral- und Südasien verpflichtet und die Seidenstraße mit Nord-Süd-Transportkorridoren verbunden, nämlich von Russland über den Kaukasus in den Iran und nach Indien sowie Pakistan — und im Westen könnte Mariupol ein wichtiger Zugang zum Schwarzen Meer werden.

Wie sehr diverse eurasische Ansätze bereits Gewicht haben, zeigten die Reaktionen auf die US-Sanktionsforderungen nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine. Nicht nur China, sondern auch Indien, Pakistan und der Iran haben sich trotz des massiven Drucks aus den USA und der EU nicht daran beteiligt. Genau genommen hat sich die Mehrheit aller Länder der Welt nicht daran beteiligt: Ganz Asien mit Ausnahme von Japan und Südkorea, ganz Afrika und ganz Südamerika mit Ausnahme von Französisch-Guyana stehen nicht hinter dem USA/EU-Kurs sondern nähern sich stattdessen Putin an. In der Realität entpuppt sich die von den westlichen Mainstreammedien propagierte „internationale Gemeinschaft“ als nicht viel mehr als NATO, EU (und die nicht einmal komplett), Japan und Australien. Nicht Russland wird international isoliert, sondern wir isolieren uns selbst von 2/3 der Weltbevölkerung.

Mehr noch dürfte das Sanktionsregime gegen Russland die eurasi-

sche Integration vorantreiben. Trotz gewisser Schwierigkeiten mit der Umstellung wird Russland Waren, statt aus der EU, zunehmend selbst herstellen oder aus China kaufen sowie sein Öl und Gas zunehmend nach Asien liefern und mit China in Rubel-Yuan abrechnen. Auch die Zentralbanken und Russland und Indien bereiten ein Zahlungssystem Rubel-Rupie vor. Und selbst Saudi-Arabien will nun Öl für chinesische Yuan liefern. Die bisherige Dollarfakturierung des weltweiten Ölhandels, ein wichtiges Herrschaftsinstrument der USA, könnte nun tatsächlich zusammenbrechen. Anders als im Irak oder in Libyen werden die Regierungen in Peking oder Neu Delhi nicht so einfach zu entfernen sein.

Die wirtschaftliche Dynamik des eurasischen Raums dürfte weiter steigen, was auch für etliche Länder in Afrika und Lateinamerika attraktiv sein könnte, für die beiden anderen BRICS-Staaten, also Brasilien und Südafrika und viele andere. Was wir gerade erleben, ist die Verschiebung der ökonomischen und geopolitischen Machtzentren der Welt, von den absteigenden Seemächten um die USA hin zu den aufsteigenden eurasischen Landmächten um China, Russland und Indien. Sie könnten die Zentren einer neuen multipolaren Weltordnung werden, wobei China unter den drei Staaten der klar stärkste ist, das Gefälle zu den anderen ist aber nicht so massiv wie bei den USA zu ihren Verbündeten.

Europa, USA und eine multipolare Welt

Das Hauptopfer dieses globalen Umbruchs ist derzeit Europa. Dieser Kontinent, der die moderne Industrie, die freie Ökonomie und weltweite wirtschaftliche Vernetzung ebenso hervorgebracht hat wie Aufklärung, Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft und andere emanzipatorische Ideen, war bereits im 20. Jahrhundert im Nieder-

gang, hat mit zwei verheerenden Weltkriegen selbst wesentlich dazu beigetragen und war in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr von Bedeutungsverlust, Überalterung, Orientierungslosigkeit und politisch-kultureller Degeneration gekennzeichnet.

In den USA geben klar die Kräfte, die den Globalismus und die NATO als Werkzeuge ihrer Weltherrschaft benutzen, den Ton an. Dementsprechend betrachteten diese Kapitalgruppen Donald Trump als inakzeptables Ärgernis, das sie loswerden musste. Trump war der erste US-Präsident seit langem, der keinen neuen Krieg angefangen hat. Er stand für eine etwas stärker protektionistische Ausrichtung des US-Imperialismus und sah China als den Hauptgegner, dem vor allem ökonomisch entgegengetreten werden sollte. Mit Russland suchte er eher den Ausgleich. Auf dieser Linie lag auch die jüngste Videobotschaft des 98-jährigen, den Republikaner nahestehenden Henry Kissinger an die WEF-Versammlung im Mai 2022.

Damit war Kissinger aber unter all den Kriegshetzern beim WEF ziemlich isoliert. Schon mit der Amtsübergabe an den Russlandhasser Joe Biden, dessen Sohn in diverse diffuse Machenschaften mit ukrainischen Oligarchen involviert war, war klar, dass die Lage in der Ukraine auf eine Konfrontation zusteuern würde. Die Leitlinie der globalistischen Cliquen hinter Biden ist offensichtlich die von Brzezinski vorgegebene, der bereits 1997 in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ zur Ukraine geschrieben hatte:

„Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr“.

Dass die US-Demokraten und die globalistischen Kapitalgruppen vorrangig Russland ins Visier nehmen, heißt nicht, dass sie China nicht auch als feindliche Herausforderung ihrer Weltherrschaftsphantasien betrachten. Aber sie wollen dem erdöl- und erdgasarmen China erst mal das rohstoffreiche Russland wegschießen — und China danach über die US-Kontrolle der Weltmeere wirtschaftlich in die Mangel nehmen und letztlich zur Räson bringen. Darüber hinaus finden etliche der Globalisten das chinesische Social-Credit-System zur Totalkontrolle der Bevölkerung durchaus reizvoll und planen dieses zu übernehmen.

Die Entwicklung geht in Richtung des Endes der unangefochtenen US-Hegemonie. Das heißt aber nicht, dass die globalistischen herrschenden Oligarchen der USA sowie ihr politisches und militärisches Personal keine Optionen mehr haben. Sie können mit geheimdienstlichen Methoden an Konfliktherden zwischen China und Indien oder zwischen Indien und Pakistan Feuer legen. Sie können mit Geld und Waffen in Westchina und Zentralasien erneut auf die islamistische Karte setzen und diverse Kriege gegen China und Russland anzetteln.

Daran, dass den führenden Figuren des US-Imperialismus alles zuzutrauen ist, kann kein Zweifel bestehen. Die Belege reichen von den Atombombenabwürfen in Japan über den großflächigen Einsatz von Napalm und Agent Orange in Vietnam bis zu den Massakern an der irakischen Bevölkerung durch Uranmunition und Sanktionen. Die unmittelbare Perspektive für Europa ist düster, die mittelfristige Herausbildung einer multipolaren Weltordnung hoffnungsvoll, die Gefahr einer Eskalation durch die US-Führung jedoch nicht auszuschließen.